

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 4684

[C — 2004/33086]

**17. MAI 2004 — Dekret über Massnahmen im Unterrichtswesen,
in der Ausbildung und im Bereich der Infrastruktur 2004 (1)**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, Technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes*

Artikel 1 - In Artikel 18 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, ersetzt durch den Erlass vom 2. März 1995, wird die Nummer 5 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«5. Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises sein, der dem zu vergebenden Amt entspricht, oder in drei aufeinander folgenden Schuljahren eine in Artikel 20 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten haben, wobei die Mindestdauer, für die die Abweichung pro Schuljahr gewährt wurde, jeweils einen ununterbrochenen Zeitraum von 15 Wochen aufweist;»

Art. 2 - Im selben Königlichen Erlass wird Artikel 21 durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 21 - Jedes Jahr im Laufe des Monats Mai erlässt der Minister einen Aufruf an alle Bewerber für eine zeitweilige Bezeichnung. Der Aufruf wird im *Belgischen Staatsblatt* sowie in jeder angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält die von den Bewerbern zu erfüllenden Bedingungen sowie alle Angaben über Form und Frist, gemäß denen die Bewerbungen eingereicht werden müssen.»

Art. 3 - In Artikel 33 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 2. März 1995, wird Absatz 1 Nummer 5 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«5. Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises sein, der dem zu vergebenden Amt entspricht, oder in drei aufeinander folgenden Schuljahren eine in Artikel 20 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten haben, wobei die Mindestdauer, für die die Abweichung pro Schuljahr gewährt wurde, jeweils einen ununterbrochenen Zeitraum von 15 Wochen beträgt;»

Art. 4 - In Artikel 39 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 2. März 1995, wird Buchstabe a) Absatz 1 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«werden nur die effektiven Dienste berücksichtigt, die im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem Amt der betreffenden Kategorie geleistet wurden, wenn der Kandidat für dieses Amt eine der in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 angeführten Bedingungen erfüllt.»

Art. 5 - Im selben Königlichen Erlass wird folgendes Kapitel *XIbis* eingefügt, das folgenden Artikel 169*bis* umfasst:

«KAPITEL XIbis — Übergangsbestimmung

Artikel 169*bis* - Die gemäß Artikel 20 vor dem Schuljahr 2004-2005 gewährten Abweichungen gelten bei der Anwendung von Artikel 18 Nummer 5 und Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 unabhängig vom Zeitraum, für den sie gewährt wurden.»

KAPITEL II — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. Juli 1969 zur Festlegung der Regeln, aufgrund deren die Anwärter auf eine zeitweilige Anstellung im staatlichen Unterrichtswesen klassiert werden

Art. 6 - Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 22. Juli 1969 zur Festlegung der Regeln, aufgrund deren die Anwärter auf eine zeitweilige Anstellung im staatlichen Unterrichtswesen klassiert werden, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 1 - Für jedes Anwerbungsamt, das es zu vergeben gilt, werden die Anwärter, die sich regelkonform beworben haben und alle Bedingungen erfüllen, um zeitweilig in diesem Amt bezeichnet zu werden, klassiert.»

Art. 7 - Artikel 2 Absatz 4 desselben Königlichen Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Für die Berechnung der Anzahl Tage werden die Bestimmungen von Artikel 39 *b)*, *c)* und *d)* des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes angewandt, wobei die Dienste nicht berücksichtigt werden, die von einem Personalmitglied auf Grund einer Abweichung gemäß Artikel 20 des vorerwähnten Erlasses geleistet wurden.»

Art. 8 - Artikel 4 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Bei Anwärtern der in Artikel 2 angeführten ersten Gruppe, die eine zeitweilige Bezeichnung ablehnen, wird die Anzahl der eingereichten Bewerbungen für dieses Amt um eine Einheit verringert.»

KAPITEL III — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975
über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen*

Art. 9 - Im Königlichen Erlass vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen wird Artikel 6 § 5 Absatz 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Der Minister kann nach Gutachten der Kommission zusätzlich jeden anderen Befähigungsnachweis, der nicht in der Tabelle in Kapitel II angeführt wird, als einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe B betrachten.»

Art. 10 - Im selben Königlichen Erlass wird in der in Artikel 11 angeführten Tabelle beim Amt "Primarschullehrer" bei den für ausreichend erachteten Befähigungsnachweisen der Gruppe A ein Punkt *dbis*) mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«*dbis*) Lehrbefähigter für die Oberstufe des Sekundarunterrichts oder Diplom eines Lizenziaten (ausschließlich für den Unterricht in Übergangsklassen im Regelprimarschulwesen, die gemäß dem Dekret vom 17. Dezember 2001 zur Beschulung von neu ankommenden Schülern eingerichtet werden) - Besoldungsgruppe des Inhabers eines erforderlichen Befähigungsnachweises im Gemeinschaftsunterrichtswesen»

KAPITEL IV — *Abänderung des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2000
über den politischen Urlaub für Personalmitglieder im Unterrichtswesen und zur Anpassung des Besoldungsstatuts*

Art. 11 - Artikel 3 § 1 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2000 über den politischen Urlaub für Personalmitglieder im Unterrichtswesen und zur Anpassung des Besoldungsstatuts wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 1 - Die in Artikel 1 erwähnten Personalmitglieder, die definitiv ernannt beziehungsweise definitiv eingestellt, zum Praktikum zugelassen oder die bis zum Ende des Schuljahres zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind, werden von Amts wegen teilweise beurlaubt um folgende politische Mandate auszuüben:

1. Bürgermeister oder Schöffe,
2. Präsident des Sozialhilferates.

Die Dienstleistungen werden derart gekürzt, dass die zu leistenden Dienste nur noch 3/4 einer Vollzeitbeschäftigung betragen dürfen.»

Art. 12 - Artikel 4 § 1 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«§ 1 - Den in Artikel 1 erwähnten Personalmitgliedern, die definitiv ernannt beziehungsweise definitiv eingestellt, zum Praktikum zugelassen oder die bis zum Ende des Schuljahres zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind und die ein Mandat als Mitglied des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder des Gemeinde- oder Provinzialrates ausüben, kann auf ihren Antrag hin ein politischer Urlaub gewährt werden.»

KAPITEL V — *Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994
bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren*

Art. 13 - In Artikel 7 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren wird ein § 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 4 - Das Gehalt, das ein Personalmitglied während der Ferienmonate Juli und August bezieht, wird, falls das Personalmitglied im Laufe des Schuljahres in den Genuss einer Laufbahnunterbrechung gekommen ist und es diese Laufbahnunterbrechung in Anwendung von Artikel 8 vorzeitig aufgekündigt hat, entsprechend verringert, indem als Reduzierungskoeffizient der Prozentsatz der effektiv geleisteten Dienste im Vergleich zu den vollzeitigen Diensten Anwendung findet.

Absatz 1 gilt nicht für die in den Artikeln *4bis*, *4ter* und *4quater* angeführten Laufbahnunterbrechungen.»

KAPITEL VI — *Abänderung des Dekretes vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003*

Art. 14 - In Artikel 5 des Dekretes vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 werden die §§ 5 und 6 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«§ 5 - Falls ein Personalmitglied ein Amt bei einem anderen Schulträger in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausüben möchte und den in § 1 erwähnten Urlaub beantragt, darf der Urlaub nur unter der Bedingung gewährt werden, dass kein Personalmitglied des betreffenden Schulträgers für das fragliche Amt aufgrund der gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen vor dem Antragsteller Vorrang hat.

Das Personalmitglied reicht zu diesem Zweck einen Urlaubsantrag per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung spätestens am 31. Mai des laufenden Schuljahres bei beiden Schulträgern ein. Für die Anwendung der in Absatz 1 niedergelegten Regelung wird für bestimmte Ämter im Gemeinschaftsunterrichtswesen jeder Urlaubsantrag der Bewerbung gleichgestellt, die im Königlichen Erlass vom 22. Juli 1969 zur Festlegung der Regeln, aufgrund deren die Anwärter auf eine zeitweilige Anstellung im staatlichen Unterrichtswesen klassiert werden, oder die in Artikel 20 des Königlichen Erlass vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Sonder-psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die Schul- und Berufsberatungseinrichtungen und die Sonder-psycho-medizinisch-sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste angeführt sind.

§ 6 - Nimmt das Personalmitglied den in § 1 erwähnten Urlaub während eines ganzen Schuljahres in Anspruch, beträgt die Dauer des Urlaubs zwölf Monate, wobei dieser am 1. September beginnt und am 31. August des darauffolgenden Jahres endet.»

Art. 15 - Im selben Dekret wird Artikel 6 § 3 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 3 - Den Tagessatz der Zulage erhält man, indem man den Betrag, der in Anwendung von § 1 Absatz 2 ermittelt wurde, durch 300 teilt.

Die Zulage wird monatlich ausbezahlt. Der Jahresbetrag darf 300/300stel pro Schuljahr nicht überschreiten.»

Art. 16 - Kapitel III desselben Dekretes, das die Artikel 10 und 11 beinhaltet, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«KAPITEL III — Ersatz von Personalmitgliedern bei Abwesenheit aufgrund eines Urlaubs, einer Abwesenheitsform oder einer Zurdispositionstellung

Artikel 10 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf:

1. die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden,
2. die subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden.

Artikel 11 - § 1 - Ein Personalmitglied, von dem nachweislich bekannt ist, dass es auf Grund eines Urlaubs, einer Abwesenheitsform oder einer Zurdispositionstellung während mehr als fünf aufeinanderfolgenden Arbeitstagen abwesend sein wird, kann ab dem ersten Tag seiner Abwesenheit ersetzt werden.

Folgende Tage gelten nicht als Arbeitstage:

1. die in Artikel 58 Absatz 2 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Tage,
2. die Tage der Weihnachts- und Osterferien sowie der Entspannungsurlaube,
3. die Tage des Sommerurlaubs.

§ 2 - In Abweichung von § 1 Absatz 1 kann ein Personalmitglied der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals eines Kindergartens oder einer Primarschule beziehungsweise einer Kindergarten- oder Primarschulniederlassung, der über eine einzige Klasse verfügt, umgehend ersetzt werden.»

KAPITEL VII — Ermittlung des Gehalts oder der Gehaltssubvention für die Ferienmonate im falle unbegründeter Abwesenheiten im Laufe des Schuljahres

Art. 17 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf:

1. die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden;
2. die subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und psycho-medizinisch-sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden.

Art. 18 - Das Gehalt, das ein Personalmitglied gegebenenfalls während der Ferienmonate Juli und August bezieht, wird, falls das Personalmitglied im Laufe des Schuljahres an einem oder mehreren Tagen unbegründet abwesend gewesen ist, entsprechend verringert, indem als Reduzierungskoeffizient der Prozentsatz der effektiv geleisteten Dienste im Vergleich zu den vollen Diensten Anwendung findet.

KAPITEL VIII — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und Wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens

Art. 19 - Artikel 16 § 1 B. a) des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens wird aufgehoben.

KAPITEL IX — Fahrtkostenentschädigung im Unterrichtswesen für Fahrten zwischen Schulen oder Schulniederlassungen während eines Unterrichtstages

Art. 20 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf alle Anwerbungsämter der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals sowie des paramedizinischen Personals, die von Personalmitgliedern der Unterrichtseinrichtungen bekleidet werden, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden, sowie von subventionierten Personalmitgliedern der Unterrichtseinrichtungen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden.

Art. 21 - Personalmitglieder, die während eines Unterrichtstages auf Grund ihres offiziellen Unterrichtsstundenplans in mehr als einer Schule oder Schulniederlassung unterrichten müssen, haben Anrecht auf eine Entschädigung für die Kosten der Fahrten zwischen den betroffenen Schulen oder Schulniederlassungen.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest.

KAPITEL X — Abänderung des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen

Art. 22 - Artikel 1 Absatz 2 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Die Artikel 23 bis 27, 32 und 57 bis 59 finden gleichzeitig Anwendung auf den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Sonderunterricht und Teilzeitsekundarunterricht.»

Art. 23 - Artikel 4 Nummer 23 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«23. Schüler mit erhöhtem Förderbedarf: ein Schüler, der in der Regelgrundschule eingeschrieben und für den ein laut Artikel 30 formuliertes Förderprojekt bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht und von ihr genehmigt worden ist;»

Art. 24 - Artikel 29 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 1999, wird aufgehoben.

Art. 25 - Artikel 30 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 30 - Förderprojekt

Die Regelschule erstellt in Absprache mit den Erziehungsberechtigten, mit der betreffenden Sonderschule und in Zusammenarbeit mit dem psycho-medizinisch-sozialen Zentrum der Regelschule oder den weiteren in Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Sonderschulwesen und das integrierte Schulwesen erwähnten Einrichtungen ein Förderprojekt, das auf den Schüler mit erhöhtem Förderbedarf abgestimmt ist. Dieses Förderprojekt legt für die Kompetenzen genaue Zielsetzungen fest; es wird jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst. Einrichtungen, die durch die Regierung oder die Dienststelle für Personen mit Behinderung anerkannt sind, können an der Entwicklung des individuellen Förderprojektes beteiligt werden.

Aus diesem Projekt geht hervor, welche finanziellen und materiellen Mittel die Regelschule und die Sonderschule hierfür bereitstellen und wie viele Stunden von der Sonderschule für die Betreuung des Schülers aufgewandt werden sollen.»

Art. 26 - Artikel 31 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 1999, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 31 - Genehmigungsverfahren und Begleitung

Der Schulleiter der Regelschule reicht bis zum 15. Mai bei der Regierung einen schriftlichen Antrag für ein Projekt ein, das im darauf folgenden Schuljahr verwirklicht werden soll. Die Pädagogische Inspektion und Beratung erstellt ein Gutachten. Die Regierung teilt dem Antragsteller ihre Entscheidung bis zum 15. Juni mit.

Die Pädagogische Inspektion und Beratung begleitet das Projekt. Die Schulleiter der Regel- und der Sonderschule informieren sie regelmäßig über die Durchführung der Integrationsmaßnahmen und stellen ihr vor dem 15. Mai einen Abschlussbericht zu. Falls das Projekt im darauf folgenden Schuljahr weitergeführt werden soll, wird dem Bericht ein entsprechender Antrag beigefügt. Der Schulleiter der Regelschule informiert die Pädagogische Inspektion und Beratung gegebenenfalls ebenfalls über den Abbruch oder die Umorientierung des Projektes.»

KAPITEL XI — *Abänderung des Dekretes vom 26. April 1999 Über das Regelgrundschulwesen*

Art. 27 - In Artikel 45 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, ersetzt durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000, wird Nummer 3 aufgehoben.

Art. 28 - Im selben Dekret wird in Kapitel VI – Abschnitt 2 – Unterabschnitt 1 ein Artikel 48*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 48*bis* - Projekte in den Grundschulen

Für pädagogische Projekte erhält der Schulträger für alle seiner Grundschulen zusammen entsprechend der Gesamtschülerzahl folgende Anzahl Stellen:

1. von 1 bis 299 Schülern: eine Viertelstelle,
2. von 300 bis 599 Schüler: zwei Viertelstellen,
3. von 600 bis 899 Schüler: drei Viertelstellen,
4. von 900 bis 1 199 Schülern: eine Vollzeitstelle,
5. von 1 200 bis 1 499 Schülern: fünf Viertelstellen,
6. von 1 500 bis 1799 Schülern: sechs Viertelstellen.»

Art. 29 - Artikel 49 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Die Berechnung des Stellenkapitals erfolgt für die pädagogische Koordination pro Schule und für die Projekte für alle Grundschulen eines Trägers.»

Art. 30 - In Artikel 50 desselben Dekretes, ersetzt durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000, wird Nummer 3 aufgehoben.

Art. 31 - Artikel 52 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 52 - Verwendung

Das in Artikel 48 ermittelte Stellenkapital wird in der Schule verwendet, deren Schülerzahl Anrecht auf diese Stellen gibt.

Das in Artikel 48*bis* ermittelte Stellenkapital wird vom Schulträger in einer oder mehreren seiner Schulen verwendet.

Es wird dem im Abschnitt 3 des vorliegenden Kapitels ermittelten Stellenkapital hinzugefügt.»

Art. 32 - In Artikel 60 desselben Dekretes, ersetzt durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000, wird Absatz 2 durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Berücksichtigt werden die regulären Primarschüler.»

Art. 33 - In Artikel 60*bis* desselben Dekretes, eingefügt durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000, wird Absatz 2 durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Berücksichtigt werden die regulären Primarschüler.»

KAPITEL XII — *Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten im Sonderschulwesen festgelegt werden*

Art. 34 - Im Dekret vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, wird folgendes Kapitel IVter eingefügt, das folgenden Artikel 53ter umfasst:

« KAPITEL IVter — *Übergangsbestimmung*

Artikel 53ter - Für das Schuljahr 2004-2005 wird zusätzlich zu dem in Artikel 5ter erwirtschafteten Stundenkapital zusätzliches Stundenkapital für die Integration von Schülern mit erhöhtem Förderbedarf im Grundschulwesen gewährt.

Dieses Stundenkapital errechnet sich durch die Umwandlung der im Schuljahr 2003-2004 gewährten Stellen der subventionierten Vertragspersonalmitglieder für die Integration von Schülern mit erhöhtem Förderbedarf multipliziert mit den entsprechenden Verwaltungsteilern. Unter Verwaltungsteiler versteht man bei einer Kindergärtnerin 28 und bei einem Primarschullehrer 24.»

KAPITEL XIII — *Hochschule im Krankenpflegebereich*

Abschnitt 1 — Subventionierung

Art. 35 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft subventioniert eine Hochschule im Vollzeithochschulwesen kurzer Studiendauer im Bereich der Krankenpflege, wenn sie am 1. Februar 2004 mindestens 20 reguläre Studenten zählt.

Der in Absatz 1 erwähnten Hochschule ist eine Sekundarschule angegliedert, die ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterricht im Studienbereich Krankenpflege und ein Vorbereitungsjahr organisiert.

Abschnitt 2 — Personal

Art. 36 - Der in Artikel 35 erwähnten Hochschule steht ein Schulleiter vor, der ganztags vom Unterricht befreit ist. Der Schulleiter übernimmt die Leitung der in Artikel 35 Absatz 2 angeführten Sekundarschule.

Art. 37 - Neben der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals sind keine weiteren Personalkategorien in der Hochschule vorgesehen.

Abschnitt 3 — Statut

Art. 38 - In Abweichung von Artikel 50 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums gelten für den Träger einer freien Hochschule, die aufgrund des vorliegenden Dekretes subventioniert wird, für das akademische Jahr 2004-2005 folgende Regeln:

1. Der Träger erlässt vor dem 15. Juni, der dem akademischen Jahr vorhergeht, einen Aufruf an die Bewerber.
2. Der Aufruf enthält die Liste der zu vergebenen Stellen, die voraussichtlich am 1. Oktober des akademischen Jahres 2004-2005 offen sein werden. Die Bekanntmachung, die die Art und den Umfang der offenen Stellen, die von den Bewerbern zu erfüllenden Bedingungen sowie Form und Frist für die Einreichung der Bewerbungen enthält, wird allen zu dem Zeitpunkt zeitweilig eingestellten Personalmitgliedern des Trägers mit Empfangsbestätigungsabschnitt übermittelt.
3. Die definitiven Einstellungen erfolgen am 1. Oktober des akademischen Jahres 2004-2005 für die in Nummer 2 erwähnten Stellen, die zu diesem Zeitpunkt noch offen sind.

Art. 39 - Eine definitive Einstellung bei einer aufgrund des vorliegenden Dekretes subventionierten Hochschule kann in einer Stelle eines Amtes für halbe und ganze Stunden erfolgen, wobei die Mindestanzahl 1 Stunde beträgt.»

KAPITEL XIV — *Abänderung des Dekretes vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss*

Art. 40 - Artikel 11 des Dekretes vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 11 - Es findet eine Prüfungssitzung pro Jahr statt. Der Ausschuss kann beschließen eine zweite Prüfungssitzung zu organisieren.»

Art. 41 - In Artikel 14 desselben Dekretes, ersetzt durch das Programmdekret vom 29. Juni 1998, wird ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Zur zweiten Sitzung können die Kandidaten zugelassen werden, die in der ersten Sitzung eingeschrieben waren. Die Zulassung gilt nur für die Fächer, für die die Kandidaten in der ersten Sitzung zugelassen waren. Der Ausschuss entscheidet über die Zulassung der Kandidaten.»

KAPITEL XV — *Abänderung des Dekretes vom 2. Mai 1995 zur Gewährung einer Vergütung für die pädagogische Betreuung von Studenten, die in den Regel- und Sondergrundschulen sowie in den Regel- und Sondersekundarschulen des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens ein Praktikum absolvieren*

Art. 42 - In Artikel 1 des Dekrets vom 2. Mai 1995 zur Gewährung einer Vergütung für die pädagogische Betreuung von Studenten, die in den Regel- und Sondergrundschulen sowie in den Regel- und Sondersekundarschulen des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens ein Praktikum absolvieren – ersetzt durch das Dekret vom 16. Dezember 2002, werden die Absätze 1 und 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die Personalmitglieder der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungspersonals und des paramedizinischen Personals der Regel- und Sondergrundschulen sowie der Regel- und Sondersekundarschulen des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens erhalten eine Vergütung für die pädagogische Betreuung der Studenten, die ein Praktikum absolvieren.

Bei den Studenten handelt es sich um Studenten des Hochschulwesens kurzer und langer Studiendauer, die für ein Amt in der Grund- oder Sekundarschule ausgebildet werden.»

KAPITEL XVI — *Abänderung des Dekretes vom 16. Dezember 1991
über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen*

Art. 43 - Artikel 7 § 7 Nummer 2 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«2. die Bedingungen, die die Betriebe erfüllen müssen, um eine praktische Ausbildung im Rahmen des Lehrvertrages oder des kontrollierten Lehrabkommens zu erteilen, sowie die Bedingungen, gemäß denen einem Betrieb die Genehmigung zur Ausbildung von Lehrlingen entzogen werden kann.»

Art. 44 - In Artikel 16 Nummer 5 desselben Dekretes wird das Wort «vorzubereiten» durch das Wort «vorzunehmen» ersetzt.

Art. 45 - Artikel 16 Nummer 8 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«8. die Überprüfung und die Anerkennung der Ausbildungsbetriebe vorzunehmen, sowie den Entzug der Anerkennung.»

Art. 46 - In Artikel 17 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2000, wird ein § 3bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 3bis - Die in Artikel 18 § 1 erwähnten doppelten Listen beziehungsweise die in Artikel 18 § 3 Absatz 3 erwähnten zwei neuen Kandidaten im Falle des Freiwerdens eines Verwaltungsmandates sehen für jeden Kandidatenvorschlag jeweils einen Mann und eine Frau vor. Auf begründeten Antrag des Instituts kann die Regierung eine Abweichung gewähren.»

Art. 47 - In dasselbe Dekret wird ein Artikel 18bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 18bis - Die Regierung kann in begründeten Einzelfällen berufliche Vereinigungen, die nicht die durch Artikel 6 Absatz 2 der koordinierten Gesetze vom 28. Mai 1979 über die Organisation des Mittelstandes festgelegten Bedingungen erfüllen, zur Bewerbung um ein Mandat als nationale berufliche Vereinigung im Verwaltungsrat des Instituts zulassen.»

KAPITEL XVII — *Abänderung des Infrastrukturdekretes vom 18. März 2002*

Art. 48 - In Artikel 3 Absatz 2 des Infrastrukturdekretes vom 18. März 2002, abgeändert durch die Dekrete vom 3. Februar 2003 und vom 1. März 2004, werden die Wörter «und 21» ersetzt durch die Wörter «21 und 27 Nrn. 1 und 6».

KAPITEL XVIII — *In-Kraft-Treten*

Art. 49 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Mai 2004 in Kraft mit Ausnahme von:

1. Artikel 10, der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft tritt,
2. Artikel 9, der mit Wirkung vom 1. September 2002 in Kraft tritt,
3. Artikel 14, 15, 20 und 21, die mit Wirkung vom 1. September 2003 in Kraft treten,
4. Artikel 47, der mit Wirkung vom 1. Dezember 2003 in Kraft tritt,
5. Artikel 11 und 12, die mit Wirkung vom 1. Januar 2004 in Kraft treten,
6. Artikel 35 bis 39, die am 1. Juni 2004 in Kraft treten,
7. Artikel 43 bis 46, die am 1. Juli 2004 in Kraft treten,
8. Artikel 13, 16 bis 19 und 42, die am 1. September 2004 in Kraft treten,
9. Artikel 40 und 41, die am 1. Januar 2005 in Kraft treten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 17. Mai 2004

K.-H. LAMBERTZ,

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

B. GENTGES,

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus

H. NIESSEN,

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

—
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2003-2004*

Dokumente des Rates: 168 (2003-2004) Nr. 1: Dekretentwurf. — 168 (2003-2004) Nr. 2-4: Abänderungsvorschläge. — 168 (2003-2004) Nr. 5: Bericht. — 168 (2003-2004) Nr. 6-7: Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 17. Mai 2004

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 4684

[C — 2004/33086]

17 MAI 2004

Décret portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et d'infrastructure - 2004 (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'état, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Article 1^{er}. Dans l'article 18 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, remplacé par l'arrêté du 2 mars 1995, le point 5° est remplacé par le libellé suivant :

« 5° être porteur d'un titre requis en rapport avec la fonction à conférer ou avoir obtenu pour la fonction à conférer, au cours de trois années scolaires successives, une dérogation prévue à l'article 20, la dérogation accordée par année scolaire l'étant à chaque fois pour une période ininterrompue de 15 semaines au moins; ».

Art. 2. L'article 21 du même arrêté royal, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 21. Chaque année, dans le courant du mois de mai, le Ministre lance un appel aux candidats à une désignation temporaire. L'appel aux candidats est publié au *Moniteur belge* ainsi que sous toute forme appropriée.

L'appel reprend les conditions que doivent remplir les candidats ainsi que les données quant à la forme et au délai d'introduction des candidatures. »

Art. 3. Dans l'article 33 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté du 2 mars 1995, l'alinéa 1, 5°, est remplacé par le libellé suivant :

« 5° être porteur d'un titre requis en rapport avec la fonction à conférer ou avoir obtenu pour la fonction à conférer, au cours de trois années scolaires successives, une dérogation prévue à l'article 20, la dérogation accordée par année scolaire l'étant à chaque fois pour une période ininterrompue de 15 semaines au moins. »

Art. 4. Dans l'article 39 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté du 2 mars 1995, le littéra a), alinéa 1^{er}, est remplacé par le libellé suivant :

« a) sont seuls pris en considération les services effectifs rendus dans l'enseignement de la Communauté germanophone dans une fonction de la catégorie concernée, lorsque le candidat à cette fonction remplit l'une des conditions énoncées à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5°. »

Art. 5. Dans le même arrêté royal, il est inséré un chapitre XI^{bis}, comprenant l'article 169^{bis} suivant :

« Article 169^{bis}: Les dérogations accordées conformément à l'article 20 avant l'année scolaire 2004-2005 sont valables pour l'application de l'article 18, 5°, et de l'article 33, alinéa 1^{er}, 5°, indépendamment de la période pour laquelle elles furent octroyées. »

CHAPITRE II. — *Modification de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 fixant les règles d'après lesquelles sont classés les candidats à une désignation à titre temporaire dans l'enseignement de l'état*

Art. 6. L'article 1^{er} de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 fixant les règles d'après lesquelles sont classés les candidats à une désignation à titre temporaire dans l'enseignement de l'Etat est remplacé par la disposition suivante :

« Article 1^{er}. Pour chacune des fonctions de recrutement à conférer, sont classés les candidats qui ont fait régulièrement acte de candidature et qui remplissent toutes les conditions requises pour être désignés à titre temporaire dans cette fonction. »

Art. 7. L'article 2, alinéa 4, du même arrêté royal est remplacé par le libellé suivant :

« Pour le calcul du nombre de jours, sont appliquées les dispositions de l'article 39, b), c) et d), de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, les services prestés par un membre du personnel en raison d'une dérogation conformément à l'article 20 de l'arrêté précité n'étant pas pris en considération. »

Art. 8. L'article 4, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal est remplacé par la disposition suivante :

« Le candidat du premier groupe visé à l'article 2 qui refuse une désignation à titre temporaire voit son nombre de candidatures diminué d'une unité pour cette fonction. »

CHAPITRE III. — *Modification de l'arrêté royal du 20 juin 1975
relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement gardien et primaire*

Art. 9. L'article 6, § 5, alinéa 2, de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement gardien et primaire, est remplacé par le libellé suivant :

« Le Ministre peut en outre, sur avis de la Commission, considérer comme titre jugé suffisant du groupe B tout autre titre non repris dans le tableau du chapitre II. »

Art. 10. Dans le tableau figurant à l'article 11 du même arrêté royal, il est inséré - en ce qui concerne les titres jugés suffisants du groupe A - une rubrique *Dbis*), libellée comme suit, pour la fonction d'instituteur primaire :

« *Dbis* agrégé de l'enseignement secondaire supérieur ou titulaire du diplôme de licencié (exclusivement pour l'enseignement dans des classes de transition de l'enseignement primaire ordinaire créées conformément au décret du 17 décembre 2001 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants) - échelle de traitement du titulaire d'un titre requis dans l'enseignement communautaire. »

CHAPITRE IV. — *Modification de l'arrêté du gouvernement du 21 décembre 2000
relatif au congé politique pour les membres du personnel dans l'enseignement et portant adaptation du statut pécuniaire*

Art. 11. L'article 3, § 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2000 relatif au congé politique pour les membres du personnel dans l'enseignement et portant adaptation du statut pécuniaire est remplacé par le libellé suivant :

« § 1^{er}. Les membres du personnel visés à l'article premier, nommés ou engagés à titre définitif, admis au stage, voire désignés ou engagés à titre temporaire jusqu'à la fin de l'année scolaire sont d'office mis en congé à temps partiel afin de remplir les mandats politiques suivants :

- 1° bourgmestre ou échevin;
- 2° président du Conseil de l'Aide sociale.

Les prestations sont réduites de telle sorte que les services à prester ne peuvent plus représenter que 3/4 d'un emploi à temps plein. »

Art. 12. L'article 4, § 1^{er}, du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« § 1^{er}. A leur demande, les membres du personnel visés à l'article premier, nommés ou engagés à titre définitif, admis au stage, voire désignés ou engagés à titre temporaire jusqu'à la fin de l'année scolaire peuvent se voir accorder un congé politique s'ils exercent un mandat de membre du Conseil de la Communauté germanophone ou du conseil communal ou provincial. »

CHAPITRE V. — *Modification de l'arrêté du gouvernement de la communauté germanophone du 9 novembre 1994
relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Art. 13. Dans l'article 7 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, il est inséré un § 4, libellé comme suit :

« § 4. Si le membre du personnel a bénéficié d'une interruption de carrière au cours de l'année scolaire et y a mis fin anticipativement en application de l'article 8, le traitement qu'il perçoit pendant les mois de vacances juillet et août est réduit au prorata, le pourcentage des prestations effectives par rapport aux prestations à temps plein étant appliqué comme coefficient de réduction.

Le premier alinéa ne vaut pas pour les interruptions de carrière mentionnées aux articles *4bis*, *4ter* et *4quater*. »

CHAPITRE VI. — *Modification du décret du 30 juin 2003
portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003*

Art. 14. Dans l'article 5 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, sont ajoutés les §§ 5 et 6 suivants, libellés comme suit :

« § 5. Si un membre du personnel souhaite exercer une fonction auprès d'un autre pouvoir organisateur en Communauté germanophone et sollicite le congé mentionné au § 1^{er}, le congé ne peut être octroyé que si aucun membre du personnel du pouvoir organisateur concerné n'a, en raison de dispositions légales et réglementaires, priorité sur le demandeur pour la fonction en question.

Le membre du personnel introduit à cette fin une demande de congé par lettre recommandée ou contre accusé de réception pour le 31 mai au plus tard de l'année scolaire en cours auprès des deux pouvoirs organisateurs. Pour l'application de la règle déterminée au premier alinéa, toute demande de congé est, pour certaines fonctions dans l'enseignement communautaire, assimilée à la candidature mentionnée dans l'arrêté royal du 22 juillet 1969 fixant les règles d'après lesquelles sont classés les candidats à une désignation à titre temporaire dans l'enseignement de l'Etat ou à l'article 20 de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat, ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés.

§ 6. Si le membre du personnel prend le congé visé au § 1^{er} pendant toute une année scolaire, le congé a une durée de douze mois, commence le 1^{er} septembre et se termine le 31 août de l'année suivante. »

Art. 15. L'article 6, § 3, du même décret, est remplacé par le libellé suivant :

« § 3. Le montant journalier de l'allocation s'obtient en divisant par 300 le montant déterminé en application du § 1^{er}, alinéa 2.

L'allocation est payée mensuellement. Le montant annuel ne peut dépasser 300/300^{es} par année scolaire. »

Art. 16. Le chapitre III du même décret, contenant les articles 10 et 11, est remplacé par le libellé suivant :

« CHAPITRE III. — *Remplacement de membres du personnel absents pour cause de congé, de mise en disponibilité, ou de toute autre forme d'absence*

Article 10. Le présent chapitre s'applique :

1° aux membres du personnel des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone;

2° aux membres du personnel subsidiés des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux subsidiés par la Communauté germanophone.

Article 11. § 1^{er}. Le membre du personnel dont on sait manifestement qu'il sera absent pendant plus de cinq jours de travail consécutifs pour cause de congé, de mise en disponibilité ou de toute autre forme d'absence, peut être remplacé dès son premier jour d'absence.

Ne sont pas considérés comme jours de travail :

1° les jours énumérés à l'article 58, alinéa 2, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

2° les jours de vacances de Noël et de Pâques ainsi que de congés de détente;

3° les jours de vacances d'été.

§ 2. Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, un membre de la catégorie du personnel directeur et enseignant d'une section maternelle ou d'une école primaire ou encore d'une implantation maternelle ou primaire ne disposant que d'une seule classe peut être remplacé immédiatement.

CHAPITRE VII. — *Détermination du traitement ou de la subvention-traitement pour les mois de vacances en cas d'absences non justifiées en cours d'année scolaire*

Art. 17. Le présent chapitre s'applique :

1° aux membres du personnel des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone;

2° aux membres du personnel subsidiés des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux subsidiés par la Communauté germanophone.

Art. 18. Si le membre du personnel a été absent de manière non justifiée un ou plusieurs jours au cours de l'année scolaire, le traitement qu'il perçoit le cas échéant pendant les mois de vacances juillet et août est réduit au prorata, le pourcentage des prestations effectives par rapport aux prestations à temps plein étant appliqué comme coefficient de réduction. »

CHAPITRE VIII. — *Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du ministère de l'instruction publique*

Art. 19. L'article 16, § 1^{er}, B, a), de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique est abrogé.

CHAPITRE IX. — *Indemnité pour frais de déplacement dans l'enseignement pour les trajets entre écoles ou implantations effectués pendant une journée de cours*

Art. 20. Le présent chapitre s'applique à toutes les fonctions de recrutement de la catégorie du personnel directeur et enseignant ainsi que du personnel paramédical occupées par des membres du personnel des établissements d'enseignement organisés par la Communauté germanophone ainsi que par les membres subsidiés du personnel des établissements d'enseignement subventionnés par la Communauté germanophone.

Art. 21. Les membres du personnel qui, en raison de leur horaire officiel de cours, doivent enseigner dans plus d'une école ou implantation pendant une journée de cours, ont droit à une indemnité pour les frais liés aux déplacements entre les écoles ou implantations concernées.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

CHAPITRE X. — *Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires*

Art. 22. L'article 1^{er}, alinéa 2, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires est remplacé par la disposition suivante :

« Les articles 23 à 27, 32 et 59 sont également applicables à l'enseignement spécial et à l'enseignement secondaire à horaire réduit organisés et subventionnés par la Communauté germanophone. »

Art. 23. L'article 4, 23°, du même décret est remplacé par le libellé suivant :

« 23° élève nécessitant un soutien accru : élève inscrit dans une école fondamentale ordinaire et pour lequel un projet de soutien formulé conformément à l'article 30 a été introduit auprès du Gouvernement de la Communauté germanophone et approuvé par lui; ».

Art. 24. L'article 29 du même décret, modifié par le décret du 25 mai 1999, est abrogé.

Art. 25. L'article 30 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 30. Projet de soutien

L'école ordinaire établit, en accord avec les personnes chargées de l'éducation de l'enfant, avec l'école spéciale concernée et en collaboration avec les centres PMS concernés ou les autres institutions mentionnées à l'article 5 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et intégré, un projet de soutien propre à l'élève en question. Ce projet de soutien fixe des objectifs précis en matière de compétences; chaque année, il est réexaminé et éventuellement adapté. Les institutions qui sont reconnues par le Gouvernement ou par l'Office pour les personnes handicapées peuvent participer à l'élaboration du projet de soutien individuel.

Les moyens financiers et matériels mis en œuvre par l'école ordinaire et par l'école spéciale ainsi que le nombre d'heures consacré par l'école spéciale à la guidance de l'élève doivent ressortir de ce projet. »

Art. 26. L'article 31 du même décret, remplacé par le décret du 25 mai 1999, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 31. Procédure d'autorisation et suivi

Le chef d'établissement de l'école ordinaire introduit pour le 15 mai auprès du Gouvernement une demande écrite en vue de la réalisation d'un projet l'année scolaire suivante. L'inspection-guidance pédagogique émet un avis. Le Gouvernement communique sa décision au demandeur pour le 15 juin.

L'inspection-guidance pédagogique assure le suivi du projet. Le chef d'établissement de l'école ordinaire et celui de l'école spéciale l'informent régulièrement de la réalisation des mesures d'intégration et lui notifient avant le 15 mai un rapport final. Si le projet doit être poursuivi l'année scolaire suivante, une demande allant dans ce sens est annexée au rapport. Le cas échéant, le chef d'établissement de l'école ordinaire informe également l'inspection-guidance pédagogique lorsqu'il est mis fin au projet ou lorsqu'il est réorienté. »

CHAPITRE XI. — *Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire*

Art. 27. Dans l'article 45 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, remplacé par le décret-programme du 23 octobre 2000, le point 3° est abrogé.

Art. 28. Dans le même décret, il est inséré au chapitre VI, section 2, sous-section 1^{re}, un article 48bis, libellé comme suit :

« Article 48bis. Projets dans les écoles fondamentales

Pour les projets pédagogiques, le pouvoir organisateur obtient, pour l'ensemble de ses écoles fondamentales et d'après le nombre total d'élèves, le nombre d'emplois suivant :

1° de 1 à 299 élèves : 1/4 d'emploi

2° de 300 à 599 élèves : 2/4 d'emploi

3° de 600 à 899 élèves : 3/4 d'emploi

4° de 900 à 1 199 élèves : 1 emploi à temps plein

5° de 1 200 à 1 499 élèves : 5/4 d'emploi

6° de 1 500 à 1 799 élèves : 6/4 d'emploi. »

Art. 29. L'article 49, premier alinéa, du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Le calcul du capital emplois s'effectue par école pour la coordination pédagogique, et pour l'ensemble des écoles fondamentales d'un pouvoir organisateur pour les projets. »

Art. 30. Dans l'article 50 du même décret, remplacé par le décret-programme du 23 octobre 2000, le point 3° est abrogé.

Art. 31. L'article 52 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 52. Utilisation

Le capital emplois déterminé à l'article 48 est utilisé dans l'école dont le nombre d'élèves donne droit à ces emplois.

Le capital emplois déterminé à l'article 48bis est utilisé par le pouvoir organisateur dans une ou plusieurs de ses écoles.

Il est ajouté au capital emplois déterminé à la section 3 du présent chapitre. »

Art. 32. Dans l'article 60 du même décret, remplacé par le décret-programme du 23 octobre 2000, l'alinéa 2 est remplacé par la disposition suivante :

« Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement primaire. »

Art. 33. Dans l'article 60bis du même décret, inséré par le décret-programme du 23 octobre 2000, le deuxième alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement primaire. »

CHAPITRE XII. — *Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial*

Art. 34. Dans le décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial est inséré le Chapitre IV^{ter} suivant, comprenant l'article 53^{ter} :

« CHAPITRE IV^{ter}. — *Disposition transitoire*

Article 53^{ter}. Pour l'année scolaire 2004-2005, il est octroyé, en plus du capital périodes calculé conformément à l'article 5^{ter}, un complément au capital périodes en vue de l'intégration d'élèves nécessitant un soutien accru dans l'enseignement fondamental.

Ce capital périodes se calcule en multipliant les emplois de contractuels subventionnés octroyés pour l'année scolaire 2003-2004 en vue de l'intégration d'élèves nécessitant un soutien accru par les diviseurs administratifs correspondants. Par « diviseur administratif », l'on entend « 28 » pour un instituteur maternel et « 24 » pour un instituteur primaire. »

CHAPITRE XIII. — *Haute école de soins infirmiers*

Section 1^{re}. — *Subventionnement*

Art. 35. La Communauté germanophone subventionne une haute école de soins infirmiers de type court de plein exercice si elle compte au moins 20 étudiants réguliers au 1^{er} février 2004.

Une école secondaire, qui organise un enseignement professionnel secondaire complémentaire en soins infirmiers et une année préparatoire, est annexée à la haute école visée au premier alinéa.

Section 2. — Personnel

Art. 36. La haute école visée à l'article 35 est dirigée par un chef d'établissement dispensé de tout enseignement. Le chef d'établissement assure la direction de l'école secondaire mentionnée à l'article 35, alinéa 2.

Art. 37. Aucune catégorie de personnel autre que le personnel directeur et enseignant n'est prévue pour la haute école.

Section 3. — Statut

Art. 38. Par dérogation à l'article 50 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, les règles suivantes s'appliquent, pour l'année académique 2004-2005, aux pouvoirs organisateurs d'une haute école libre subventionnée en vertu du présent décret :

1° le pouvoir organisateur lance un appel aux candidats avant le 15 juin précédant l'année académique;

2° l'appel aux candidats contient la liste des emplois à attribuer qui seront probablement vacants au 1^{er} octobre de l'année académique 2004-2005. L'avis, qui indique la nature et le volume des emplois vacants, les conditions requises dans le chef des candidats ainsi que la forme et le délai dans lesquels les candidatures doivent être introduites, est transmis avec accusé de réception à tous les membres temporaires du personnel qui sont au service du pouvoir organisateur à ce moment-là;

3° les engagements à titre définitif ont lieu le 1^{er} octobre de l'année académique 2004-2005 pour les emplois visés au 2° qui sont encore vacants à cette date.

Art. 39. Un engagement à titre définitif auprès d'une haute école subventionnée en vertu du présent décret peut intervenir pour un emploi dans une fonction par demi-heure ou par heures entières, le minimum étant d'une heure.

CHAPITRE XIV. — Modification du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury

Art. 40. L'article 11 du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury est remplacé par la disposition suivante :

« Article 11. Il y a une session par an. Le jury peut décider d'en organiser une seconde. »

Art. 41. Dans l'article 14 du même décret, remplacé par le décret-programme du 29 juin 1998, est inséré un second alinéa, libellé comme suit :

« Sont admis en seconde session les candidats qui étaient inscrits à la première. L'admission ne vaut que pour les branches que les candidats étaient admis à présenter en première session. Le jury statue sur l'admission des candidats. »

CHAPITRE XV. — Modification du décret du 2 mai 1995 portant octroi d'une indemnité pour l'encadrement pédagogique d'étudiants qui effectuent un stage dans des écoles fondamentales et secondaires de l'enseignement ordinaire et spécial organisé ou subventionné par la communauté germanophone

Art. 42. Dans l'article 1^{er} du décret du 2 mai 1995 portant octroi d'une indemnité pour l'encadrement pédagogique d'étudiants qui effectuent un stage dans des écoles fondamentales et secondaires de l'enseignement ordinaire et spécial organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, remplacé par le décret du 16 décembre 2002, les alinéas 1 et 2 sont remplacés par le libellé suivant :

« Article 1^{er}. Les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements de l'enseignement fondamental et secondaire ordinaire et spécial organisé ou subventionné par la Communauté germanophone bénéficient d'une indemnité pour l'encadrement pédagogique des étudiants qui effectuent un stage.

Les étudiants sont des étudiants de l'enseignement supérieur de type court et de type long qui sont formés pour une fonction professorale dans l'enseignement fondamental ou secondaire. »

CHAPITRE XVI. — Modification du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les P.M.E.

Art. 43. L'article 7, § 7, 2°, du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les P.M.E. est remplacé par la disposition suivante :

« 2° les conditions que les entreprises doivent remplir pour dispenser une formation pratique dans le cadre du contrat d'apprentissage ou de l'accord contrôlé d'apprentissage ainsi que les conditions auxquelles une entreprise peut se voir retirer l'autorisation de former des apprentis; ».

Art. 44. Dans l'article 16, 5°, du même décret, le passage « préparer l'approbation et/ou le retrait » est remplacé par « procéder à l'approbation et/ou au retrait ».

Art. 45. L'article 16, 8°, du même décret, est remplacé par la disposition suivante :

« 8° contrôler les entreprises formatrices, les reconnaître et retirer la reconnaissance; ».

Art. 46. Dans l'article 17 du même décret, modifié par le décret du 14 février 2000, est inséré un § 3*bis*, libellé comme suit :

« § 3*bis*. Les listes doubles visées à l'article 18, §1^{er}, ou les deux nouveaux candidats visés à l'article 18, § 3, alinéa 3, lorsqu'un mandat devient vacant, prévoient un homme et une femme pour chaque proposition. Une dérogation peut être accordée par le Gouvernement sur demande motivée de l'Institut. »

Art. 47. Dans le même décret est inséré un article 18*bis*, libellé comme suit :

« Article 18*bis*. Dans des cas particuliers motivés, le Gouvernement peut autoriser des associations professionnelles qui ne remplissent pas les conditions fixées par l'article 6, alinéa 2, des lois coordonnées du 28 mai 1979 relatives à l'organisation des Classes moyennes, à introduire une candidature comme association professionnelle nationale pour un mandat au sein du conseil d'administration. »

CHAPITRE XVII. — *Modification du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure*

Art. 48. Dans l'article 3, alinéa 2, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, modifié par les décrets des 3 février 2003 et 1^{er} mars 2004, les mots « et 21 » sont remplacés par « , 21 et 27, 1^o et 6^o, ».

CHAPITRE XVIII. — *Entrée en vigueur*

Art. 49. Le présent décret produit ses effets le 1^{er} mai 2004, à l'exception :

- 1^o de l'article 10, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2001;
- 2^o de l'article 9, qui produit ses effets le 1^{er} septembre 2002;
- 3^o des articles 14, 15, 20 et 21, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2003;
- 4^o de l'article 47, qui produit ses effets le 1^{er} décembre 2003;
- 5^o des articles 11 et 12, qui produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2004;
- 6^o des articles 35 à 39, qui entrent en vigueur le 1^{er} juin 2004;
- 7^o des articles 43 à 46, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2004;
- 8^o des articles 13, 16 à 19 et 42, qui entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2004;
- 9^o des articles 40 et 41, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2005.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 17 mai 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports

B. GENTGES,

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme

H. NIESSEN,

Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales

Note

(1) *Session 2003-2004.*

Documents du Conseil : 168 (2003-2004) n^o 1 : Projet de décret. — 168 (2003-2004) n^o 2-4 : Propositions d'amendement. — 168 (2003-2004) n^o 5 : Rapport. — 168 (2003-2004) n^o 6-7 : Propositions d'amendements relatives au texte adopté par la commission.

Rapport intégral : Discussion et vote. Séance du 17 mai 2004.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 4684

[C — 2004/33086]

17 MEI 2004. — Decreet over maatregelen inzake onderwijs, opleiding en infrastructuur - 2004

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Artikel 1. In artikel 18 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, gewijzigd bij het besluit van 2 maart 1995, wordt punt 5^o vervangen door de volgende tekst :

« 5. houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs dat in verhouding staat tot het te begeven ambt of tijdens drie opeenvolgende schooljaren een in artikel 20 bepaalde afwijking voor het betrokken ambt genoten hebben, waarbij die afwijking per schooljaar telkens voor een ononderbroken termijn van ten minste 15 weken wordt toegekend; ».

Art. 2. Artikel 21 van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 21. Ieder jaar, in de loop van de maand mei, richt de Minister een oproep tot de kandidaten voor een tijdelijke aanstelling. De oproep wordt in het *Belgisch Staatsblad* en bovendien door enig ander middel bekendgemaakt.

De oproep bevat de voorwaarden die vereist zijn van de kandidaten, alsmede de vorm waarin en de termijn binnen welke de kandidaturen moeten worden ingediend. »

Art. 3. In artikel 33 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 2 maart 1995, wordt lid 1, 5^o, vervangen door de volgende tekst :

« 5. houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs dat in verhouding staat tot het te begeven ambt of tijdens drie opeenvolgende schooljaren een in artikel 20 bepaalde afwijking voor het betrokken ambt genoten hebben, waarbij die afwijking per schooljaar telkens voor een ononderbroken termijn van ten minste 15 weken wordt toegekend; ».

Art. 4. In artikel 39 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het besluit van 2 maart 1995, wordt, lid 1, a) vervangen door de volgende tekst :

« worden slechts de werkelijke diensten in aanmerking genomen die in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap gepresteerd zijn in een ambt van de betrokken categorie en voor zover de kandidaat voor dit ambt één van de voorwaarden vervult die in artikel 33, lid 1, 5°, vermeld zijn; ».

Art. 5. In hetzelfde besluit wordt het volgende hoofdstuk *XIbis* ingevoegd dat artikel 169*bis* bevat :

« *HOOFDSTUK XIbis. — Overgangsbepaling*

Artikel 169*bis*. De afwijkingen die vóór het schooljaar 2004-2005 overeenkomstig artikel 20 toegekend werden, gelden bij de toepassing van de artikelen 18, 5°, en 33, lid 1, 5°, onafhankelijk van de termijn waarvoor zij toegekend werden. »

HOOFDSTUK II. — Wijziging van het koninklijk besluit van 22 juli 1969 tot vaststelling van de regels voor de rangschikking van de kandidaten voor een tijdelijke aanstelling in het rijksonderwijs

Art. 6. Artikel 1 van het koninklijk besluit van 22 juli 1969 tot vaststelling van de regels voor de rangschikking van de kandidaten voor een tijdelijke aanstelling in het rijksonderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 1. Voor elk te begeven wervingsambt worden de kandidaten gerangschikt die hun kandidatuur op regelmatige wijze ingediend hebben en alle voorwaarden vervullen die vereist zijn om tijdelijk in dat ambt te worden aangesteld. »

Art. 7. Artikel 2, lid 4, van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« Voor de berekening van het aantal dagen zijn de bepalingen van toepassing die vastgesteld zijn in artikel 39, b), c) en d) van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, waarbij de diensten gepresteerd door een personeelslid op grond van een afwijking krachtens artikel 20 van het bovenvermeld besluit niet in aanmerking worden genomen. »

Art. 8. Artikel 4, lid 1, van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Indien een kandidaat van de eerste groep bedoeld in artikel 2 een tijdelijke aanstelling weigert, wordt het aantal door hem voor dit ambt ingediende kandidaturen met één eenheid verminderd. »

HOOFDSTUK III. — Wijziging van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs

Art. 9. Artikel 6, § 5, tweede lid, van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Daarenboven kan de Minister op advies van de Commissie ieder ander bekwaamheidsbewijs dat niet in de tabellen van hoofdstuk II is opgenomen, als voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van groep B beschouwen. »

Art. 10. In de tabel opgenomen in artikel 11 van hetzelfde koninklijk besluit wordt, wat de als voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen van groep A betreft, een rubriek (*Dbis*), luidend als volgt, ingevoegd voor het ambt « onderwijzer » :

« *Dbis*) geaggregeerde voor het hoger secundair onderwijs of licentiaat (uitsluitend voor het onderricht in de overgangsklassen opgericht in het gewoon lager onderwijs krachtens het decreet van 17 december 2001 betreffende de scalarisatie van nieuwkomers) : weddeschaal van de houder van een vereist bekwaamheidsbewijs in het gemeenschapsonderwijs ».

HOOFDSTUK IV. — Wijziging van het besluit van de regering van 21 december 2000 betreffende het politiek verlof voor de personeelsleden in het onderwijs en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling

Art. 11. Artikel 3, § 1, van het besluit van de Regering van 21 december 2000 betreffende het politiek verlof voor de personeelsleden in het onderwijs en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 1. De in artikel 1 vermelde personeelsleden die in vast verband benoemd of aangesteld zijn, tot de stage toegelaten zijn of tot het einde van het schooljaar tijdelijk aangewezen of aangesteld zijn, worden van ambtswege gedeeltelijk op verlof gesteld om de volgende politieke mandaten uit te oefenen :

- 1° burgemeester of schepen;
- 2° voorzitter van de Raad voor Maatschappelijk Welzijn.

De dienstprestaties worden zodanig verminderd, dat de te verstrekken diensten alleen maar 3/4 van een voltijdse betrekking mogen bedragen. »

Art. 12. Artikel 4, § 1, van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 1. Op aanvraag mogen de in artikel 1 vermelde personeelsleden die in vast verband benoemd of aangesteld zijn, tot de stage toegelaten zijn of tot het einde van het schooljaar tijdelijk aangewezen of aangesteld zijn, op politiek verlof gesteld worden als ze een mandaat van lid van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap of van de gemeente- of provincieraad uitoefenen. »

HOOFDSTUK V. — Wijziging van het besluit van de regering van de duitstalige gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra

Art. 13. In artikel 7 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra wordt een § 4 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 4. Indien een personeelslid tijdens het schooljaar een loopbaanonderbreking heeft genoten en die loopbaanonderbreking met toepassing van artikel 8 voortijdig heeft beëindigd, wordt de wedde die het tijdens de vakantiemaanden juli en augustus verkrijgt, overeenkomstig verminderd, waarbij het percentage van de in verhouding met een voltijdse betrekking werkelijk gepresteerde diensten als verminderingscoëfficiënt wordt toegepast.

Lid 1 geldt niet voor de in de artikelen *4bis*, *4ter* en *4quater* vermelde loopbaanonderbrekingen. »

HOOFDSTUK VI. — *Wijziging van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003*

Art. 14. In artikel 5 van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003 worden de §§ 5 en 6 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 5. Als een personeelslid een ambt bij een andere inrichtende macht in de Duitstalige Gemeenschap wenst uit te oefenen en het in § 1 bedoeld verlof aanvraagt, mag het verlof slechts toegekend worden, als de betrokken inrichtende macht geen personeelslid telt dat voor het ambt voorrang heeft t.o.v. de aanvrager op grond van de wettelijke en reglementaire bepalingen.

Daartoe dient het personeelslid een verlofaanvraag per aangetekende brief of tegen ontvangstbewijs in bij beide inrichtende machten vóór 31 mei van het lopende schooljaar. Met het oog op de toepassing van de regeling bepaald in het eerste lid wordt voor bepaalde ambten in het gemeenschapsonderwijs elke verlofaanvraag gelijkgesteld met de kandidatuur vermeld in het koninklijk besluit van 22 juli 1969 tot vaststelling van de regels voor de rangschikking van de kandidaten voor een tijdelijke aanstelling in het rijksonderwijs of in artikel 20 van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiediensten belast met het toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra.

§ 6. Neemt het personeelslid het in § 1 bedoeld verlof tijdens een heel schooljaar, dan duurt het verlof 12 maanden, begint op 1 september en eindigt op 31 augustus van het daaropvolgend jaar. »

Art. 15. Artikel 6, § 3, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 3. Het dagbedrag van de toelage wordt verkregen door het bedrag berekend met toepassing van § 1, lid 2, door 300 te delen.

De toelage wordt maandelijks uitbetaald. Per schooljaar mag het jaarbedrag 300/300ste niet overschrijden. »

Art. 16. Het hoofdstuk III van hetzelfde decreet, dat de artikelen 10 en 11 bevat, wordt vervangen door de volgende tekst :

« HOOFDSTUK III. — *Vervanging van personeelsleden die afwezig zijn wegens verlof, terbeschikkingstelling of enige andere vorm van afwezigheid*

Artikel 10. Dit hoofdstuk is toepasselijk op :

- 1° de personeelsleden van de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra georganiseerd door de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° de gesubsidieerde personeelsleden van de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 11. § 1. Een personeelslid van wie men duidelijk weet dat het tijdens meer dan vijf opeenvolgende arbeidsdagen afwezig zal zijn wegens verlof, terbeschikkingstelling of enige andere vorm van afwezigheid, kan vanaf zijn eerste dag afwezigheid vervangen worden.

Volgende dagen gelden niet als arbeidsdagen :

- 1° de dagen vermeld in artikel 58, lid 2, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs;
- 2° de dagen van de kerst- en paasvakanties alsmede de ontspanningsverloven;
- 3° de dagen van de zomervakantie.

§ 2. In afwijking van § 1, lid 1, kan een personeelslid behorend tot de categorie bestuurs- en onderwijzend personeel van een éénklassige kleuterafdeling, lagere school resp. vestiging voor kleuter- of lager onderwijs, onverwijld vervangen worden. »

HOOFDSTUK VII. — *Berekening van de wedde of weddetoelage voor de vakantiemaanden in geval van ongeoorloofde afwezigheden tijdens het schooljaar*

Art. 17. Dit hoofdstuk is toepasselijk op :

- 1° de personeelsleden van de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra georganiseerd door de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° de gesubsidieerde personeelsleden van de onderwijsinstellingen en psycho-medisch-sociale centra gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 18. Indien een personeelslid tijdens het schooljaar één of meerdere dagen ongeoorloofd afwezig is geweest, wordt de wedde die het desgevallend tijdens de vakantiemaanden juli en augustus verkrijgt, overeenkomstig verminderd, waarbij het percentage van de in verhouding met een voltijdse betrekking werkelijk gepresteerde diensten als verminderingscoëfficiënt wordt toegepast.

HOOFDSTUK VIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende de bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgestelde personeel van het ministerie van openbaar onderwijs*

Art. 19. Artikel 16, § 1, B, a) van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende de bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgestelde personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs wordt opgeheven.

HOOFDSTUK IX. — *Reiskostenvergoeding in het onderwijs voor verplaatsingen tussen scholen of vestigingen tijdens een lesdag*

Art. 20. Voorliggend hoofdstuk is toepasselijk op alle wervingsambten van de categorie van het bestuurs- en onderwijzend personeel alsmede van het paramedisch personeel bekleed door personeelsleden van de onderwijsinstellingen die door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd worden alsmede door gesubsidieerde personeelsleden van onderwijsinstellingen die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden.

Art. 21. Personeelsleden die tijdens een lesdag op grond van hun officieel lesrooster in meer dan één school of vestiging les moeten geven, hebben recht op een kostenvergoeding voor de verplaatsingen tussen de betrokken scholen of vestigingen.

De Regering legt de nadere regels vast.

HOOFDSTUK X. — *Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs*

Art. 22. Artikel 1, lid 2, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De artikelen 23 tot 27, 32 en 57 tot 59 zijn eveneens van toepassing op het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd en gesubsidieerd buitengewoon onderwijs en secundair onderwijs met beperkt leerplan. »

Art. 23. Artikel 4, 23°, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende tekst :

« 23° leerling die krachtig moet worden gesteund : leerling die ingeschreven is in een gewone basisschool en voor wie een steunproject, uitgewerkt overeenkomstig artikel 30, bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap ingediend en door haar goedgekeurd is; ».

Art. 24. Artikel 29 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 mei 1999, wordt opgeheven.

Art. 25. Artikel 30 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 30. Steunproject

In onderlinge overeenstemming met de personen belast met de opvoeding van het kind, met de betrokken buitengewone school en in samenwerking met het PMS-centrum van de gewone school of met de andere in artikel 5 van de wet van 6 juli 1970 op het buitengewoon en geïntegreerd onderwijs vermelde inrichtingen werkt de gewone school een steunproject uit dat aan de betrokken leerling aangepast is. Dit steunproject moet precieze doeleinden vastleggen qua bevoegdheden; het wordt jaarlijks onderzocht en zo nodig aangepast. De door de Regering of door de Dienst voor personen met een handicap erkende inrichtingen, mogen aan de uitwerking van het individueel steunproject meewerken.

De financiële en materiële middelen die daartoe door de gewone en de buitengewone school aangewend worden alsmede het aantal uren dat door de buitengewone school aan de begeleiding van de leerling moet worden besteed, moeten in dit project duidelijk tot uiting komen. »

Art. 26. Artikel 31 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 25 mei 1999, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 31. Vergunningsprocedure en follow up

Het inrichtingshoofd van de gewone school dient vóór 15 mei bij de Regering een schriftelijk verzoek in met het oog op de verwezenlijking van een project tijdens het volgende schooljaar. De pedagogische inspectie-begeleiding brengt een advies uit. De Regering deelt haar beslissing vóór 15 juni aan de aanvrager mede.

De pedagogische inspectie-begeleiding zorgt voor de follow up van het project. Het inrichtingshoofd van de gewone school en hetgeen van de buitengewone school informeren haar regelmatig van de integratiemaatregelen en betekenen haar een eindverslag vóór 15 mei. Moet het project tijdens het daaropvolgend schooljaar worden voortgezet, dan wordt een dienovereenkomstig verzoek bij het verslag gevoegd. Het inrichtingshoofd van de gewone school moet eveneens de pedagogische inspectie-begeleiding informeren als er aan het project een einde wordt gemaakt of als het project heroriënteerd wordt. »

HOOFDSTUK XI. — *Wijziging van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs*

Art. 27. In artikel 45 van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs, vervangen bij het programmadecreet van 23 oktober 2000, wordt punt 3° opgeheven.

Art. 28. In hetzelfde decreet wordt in hoofdstuk VI, afdeling 2, onderafdeling 1, een artikel 48bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 48bis. Projecten in de basisscholen

Voor pedagogische projecten verkrijgt de inrichtende macht, voor al haar basisscholen en naargelang het totaal aantal leerlingen, het volgende aantal betrekkingen :

- 1° van 1 tot 299 leerlingen : 1/4 betrekking;
- 2° van 300 tot 599 leerlingen : 2/4 betrekking;
- 3° van 600 tot 899 leerlingen : 3/4 betrekking;
- 4° van 900 tot 1 199 leerlingen : 1 voltijdse betrekking;
- 5° van 1 200 tot 1 499 leerlingen : 5/4 betrekking;
- 6° van 1 500 tot 1 799 leerlingen : 6/4 betrekking.

Art. 29. Artikel 49, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De berekening van het betrekkingenpakket gebeurt per school, wat de pedagogische coördinatie betreft, en voor alle basisscholen van de inrichtende macht, wat de projecten betreft. »

Art. 30. In artikel 50 van hetzelfde decreet, vervangen bij het programmadecreet van 23 oktober 2000, wordt punt 3° opgeheven.

Art. 31. Artikel 52 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 52. Aanwending

Het betrekkingenpakket vastgesteld in artikel 48 wordt in de school aangewend waarvan het aantal leerlingen recht geeft op deze betrekkingen.

Het betrekkingenpakket vastgesteld in artikel 48bis wordt door de inrichtende macht in één of meerderen van haar scholen aangewend.

Het wordt aan het betrekkingenpakket vastgesteld in de derde afdeling van dit hoofdstuk toegevoegd. »

Art. 32. In artikel 60 van hetzelfde decreet, vervangen bij het programmadecreet van 23 oktober 2000, wordt het tweede lid door de volgende bepaling vervangen :

« De regelmatige leerlingen van het lager onderwijs worden in aanmerking genomen. »

Art. 33. In artikel 60bis van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het programmadecreet van 23 oktober 2000, wordt het tweede lid door de volgende bepaling vervangen :

« De regelmatige leerlingen van het lager onderwijs worden in aanmerking genomen. »

**HOOFDSTUK XII. — Wijziging van het decreet van 27 juni 1990
tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald**

Art. 34. In het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald, wordt een hoofdstuk IVter ingevoegd, dat het volgende artikel 53ter bevat :

« HOOFDSTUK IVter. — Overgangsbepaling

Artikel 53ter. Voor het schooljaar 2004-2005 wordt naast het lestijdenpakket verkregen overeenkomstig artikel 5ter een lestijdenpakket toegekend voor de integratie van leerlingen die krachtig moeten worden gesteund in het basisonderwijs.

Dit lestijdenpakket wordt berekend door de betrekkingen die in het kader van de gesubsidieerde contractuelen voor het schooljaar 2003-2004 toegekend werden met het oog op de integratie van de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, met de overeenstemmende administratieve delers te vermenigvuldigen. Onder administratieve delers verstaat men « 28 » voor een kleuteronderwijzer en « 24 » voor een lager onderwijzer. »

HOOFDSTUK XIII. — Hogeschool voor verpleegkunde

Afdeling 1. — Subsidiëring

Art. 35. De Duitstalige Gemeenschap subsidieert een hogeschool voor verpleegkunde in het hoger onderwijs met volledig leerplan, als deze op 1 februari 2004 ten minste 20 regelmatige studenten telt.

Aan de hogeschool bedoeld in het eerste lid wordt een secundaire school aangesloten die een aanvullend secundair beroepsonderwijs in verpleegkunde en een voorbereidend jaar organiseert.

Afdeling 2. — Personeel

Art. 36. De in artikel 35 bedoelde hogeschool wordt geleid door een inrichtingshoofd dat geheel vrijgesteld wordt van het houden van een klas. Het inrichtingshoofd neemt de leiding waar van de in artikel 35, lid 2, vermelde secundaire school.

Art. 37. In de hogeschool wordt er in geen andere personeelscategorie dan het bestuurs- en onderwijzend personeel voorzien.

Afdeling 3. — Statuut

Art. 38. In afwijking van artikel 50 van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij pms-centrum gelden volgende regels voor de inrichtende macht van een krachtens voorliggend decreet gesubsidieerde vrije hogeschool, wat het academisch jaar 2004-2005 betreft :

1° vóór 15 juni voorafgaand aan het academisch jaar roept de inrichtende macht de kandidaten op;

2° de oproep bevat een lijst met de betrekkingen die op 1 oktober van het academisch jaar 2004-2005 heel waarschijnlijk vacant zullen zijn. De oproep, die de aard en de omvang van de te begeven betrekkingen, de vereiste voorwaarden vanwege de kandidaten alsmede de wijze en de termijn voor de indiening van de kandidaturen vermeldt, wordt met ontvangstbewijs aan alle personeelsleden van de inrichtende macht gezonden die op dat ogenblik tijdelijk aangesteld zijn;

3° de definitieve aanstellingen vinden op 1 oktober van het academisch jaar 2004-2005 plaats voor de in punt 2° vermelde betrekkingen die op dat ogenblik nog vacant zijn.

Art. 39. Een definitieve aanstelling bij een hogeschool gesubsidieerd krachtens voorliggend decreet kan in een betrekking van een ambt voor halve of hele uren plaatsvinden, met een minimum van één uur.

HOOFDSTUK XIV. — Wijziging van het decreet van 18 april 1994 decreet betreffende de inrichting van een examencommissie van de duitstalige gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd voor deze examencommissie

Art. 40. Artikel 11 van het decreet van 18 april 1994 betreffende de inrichting van een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd voor deze examencommissie wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 11. Er is één examenzittijd per jaar. De examencommissie kan beslissen een tweede zittijd te organiseren. »

Art. 41. In artikel 14 van hetzelfde decreet, vervangen bij het programmadecreet van 29 juni 1998, wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Tot de tweede zittijd kunnen de examinandi toegelaten worden die voor de eerste zittijd ingeschreven waren. De toelating geldt slechts voor de vakken waartoe de examinandi in de eerste zittijd toegelaten waren. De examencommissie beslist over de toelating van de examinandi. »

HOOFDSTUK XV. — Wijziging van het decreet van 2 mei 1995 houdende toekenning van een vergoeding voor de pedagogische begeleiding van studenten die een stage doen in basisscholen en secundaire scholen van het gewoon en buitengewoon onderwijs van het door de duitstalige gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs

Art. 42. In artikel 1 van het decreet van 2 mei 1995 houdende toekenning van een vergoeding voor de pedagogische begeleiding van studenten die een stage doen in basisscholen en secundaire scholen van het gewoon en buitengewoon onderwijs van het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs, vervangen bij het decreet van 16 december 2002, worden de leden 1 en 2 door de volgende tekst vervangen :

« De personeelsleden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde inrichtingen van het gewoon of buitengewoon basis- en secundair onderwijs verkrijgen een vergoeding voor de pedagogische begeleiding van de studenten die een stage doen.

De studenten zijn studenten van het hoger onderwijs van het korte of lange type die opgeleid worden voor een leerambt in het basis- of secundair onderwijs. »

HOOFDSTUK XVI. — Wijziging van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de KMO's

Art. 43. Artikel 7, § 7, 2°, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 2° de voorwaarden die de ondernemingen moeten vervullen om een praktische opleiding in het kader van een leerovereenkomst of van een gecontroleerd leerakkoord te verstrekken alsmede de voorwaarden waaronder de toelating om leerlingen op te leiden aan een onderneming kan worden ingetrokken; ».

Art. 44. In artikel 16, 5°, van hetzelfde decreet wordt de passus « de goedkeuring van de leerovereenkomsten en gecontroleerde leerakkoorden voor te bereiden » vervangen door « de leerovereenkomsten en gecontroleerde leerakkoorden goed te keuren ».

Art. 45. Artikel 16, 8°, van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

« 8° toezicht te houden op de ondernemingsbedrijven, deze te erkennen en de erkenning in te trekken; ».

Art. 46. In artikel 17 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 februari 2000, wordt een § 3bis ingevoegd, luidend als volgt :

« § 3bis. Bij de dubbele lijsten vermeld in artikel 18, § 1, of bij de twee nieuwe kandidaten vermeld in artikel 18, § 3, lid 3, indien een mandaat vacant wordt, worden telkens één man en één vrouw voorgedragen. Op met redenen omkleed verzoek van het Instituut kan de Regering een afwijking toestaan. »

Art. 47. In hetzelfde decreet wordt een artikel 18bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 18bis. In gerechtvaardigde uitzonderlijke gevallen kan de Regering beroepsverenigingen die niet voldoen aan de voorwaarden bepaald in artikel 6, lid 2, van de gecoördineerde wetten van 28 mei 1979 betreffende de organisatie van de Middenstand, toelaten een kandidatuur als nationale beroepsvereniging in te dienen voor een mandaat binnen de raad van bestuur. »

HOOFDSTUK XVII. — *Wijziging van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur*

Art. 48. In artikel 3, lid 2, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, gewijzigd bij de decreten van 3 februari 2003 en 1 maart 2004, worden de woorden « en 21 » door « , 21 en 27, 1° en 6° » vervangen.

HOOFDSTUK XVIII. — *inwerkingtreding*

Art. 49. Voorliggend decreet heeft uitwerking op 1 mei 2004 met uitzondering van :

- 1° het artikel 10, dat op 1 januari 2001 uitwerking heeft;
- 2° het artikel 9, dat op 1 september 2002 uitwerking heeft;
- 3° de artikelen 14, 15, 20 en 21, die op 1 september 2003 uitwerking hebben;
- 4° het artikel 47, dat op 1 december 2003 uitwerking heeft;
- 5° de artikelen 11 en 12, die op 1 januari 2004 uitwerking hebben;
- 6° de artikelen 35 tot 39, die op 1 juni 2004 in werking treden;
- 7° de artikelen 43 tot 46, die op 1 juli 2004 in werking treden;
- 8° de artikelen 13, 16 tot 19 en 42, die op 1 september 2004 in werking treden;
- 9° de artikelen 40 en 41, die op 1 januari 2005 in werking treden.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.
Eupen, op 17 mei 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme

H. NIESSEN,

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

—
Nota

(1) *Zitting 2003-2004.*

Bescheiden van de Raad : 168 (2003-2004) nr. 1 : Ontwerp van decreet. — 168 (2003-2004) nrs. 2-4 : Voorstellen tot wijziging. — 168 (2003-2004) nr. 5 : Verslag. — 168 (2003-2004) nrs. 6-7 : Voorstellen tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie.

Integraal verslag : Bespreking en aanneming. Zitting van 17 mei 2004.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 4685

[C — 2004/33084]

1. JUNI 2004 — Dekret zur Gesundheitsförderung (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen
Anwendungsbereich

Artikel 1 - Vorliegendes Dekret legt im Rahmen von Artikel 5 I. Nr. 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen die Grundbedingungen für die Gesundheitsförderung im deutschen Sprachgebiet fest.

Unter Gesundheitsförderung versteht man jegliche Maßnahmen, die darauf abzielen, dem Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über seine Gesundheit zu ermöglichen und ihn damit zur Stärkung seiner Gesundheit zu befähigen.

Konzept zur Gesundheitsförderung

Art. 2 - Die Regierung verabschiedet auf der Grundlage eines Gutachtens des Beirates ein globales Konzept zur Gesundheitsförderung. Alle zwei Jahre legt sie auf der Grundlage eines Gutachtens des Beirates die inhaltlichen Schwerpunkte fest.

Das Konzept zur Gesundheitsförderung fußt auf folgenden Erkenntnissen:

— Biologisch-genetische Gegebenheiten, medizinisch-technische Möglichkeiten, der persönliche Lebensstil und Umweltfaktoren beeinflussen den Gesundheitszustand.

— Personelle Ressourcen beeinflussen die Entstehung, den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit.

— Selbstorganisation und Eigenverantwortung sind Voraussetzungen zum Erreichen gesundheitlicher Mündigkeit.